

Bundesregierung darf Qimonda-Beschäftigte nicht im Stich lassen

Transfergesellschaft verlängern - Staatseinstieg notwendig

Die Bundesregierung will die Insolvenz von Qimonda aussitzen. Das ist das Ergebnis einer kleinen Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

Entgegen ihrem Gerede, die Menschen in der Krise zu schützen, sind Union und SPD bereit, tausende Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit zu schicken und diese mit ihren Familien in Existenznot zu bringen. Und die Bundesregierung nimmt eine klare industriepolitische Weichenstellung vor: Sie gibt das Schlüsselunternehmen am letzten europäischen Halbleiterstandort auf, trotz aller bisher geflossenen Milliarden Subventionen.

Das darf nicht hingenommen werden. Die Zeit drängt! Wir brauchen Druck auf die Landes- und Bundesregierung: Die Beschäftigten und die Region brauchen eine Perspektive. Der Staat muss Geld geben,

- um die Laufzeit der Qimonda-Transfergesellschaft zu verlängern,
- sich an einem Neustart von Qimonda bzw. dem Nachfolgeunternehmen finanziell direkt zu beteiligen.



Der Fall Qimonda ist ein Vorgeschmack dafür, was mit der tiefsten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren auf uns zukommt. Diese Krise darf nicht auf dem Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden. Dafür muss Widerstand von unten organisiert werden.

Dauer der Transfergesellschaft verlängern

Wäre die Bundesregierung ernsthaft an einer Zukunft für Qimonda interessiert, müsste sie in einem ersten Schritt die Laufzeit der Transfergesellschaft verlängern. Derzeit ist

deren Finanzierung nur für 3,5 bzw. 4,5 Monate abgesichert, nicht für 12 Monate, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage der Linksfraktion fälschlicherweise den Eindruck vermittelt.

Bundesregierung bleibt Taten schuldig und lehnt Staatseinstieg ab

Die Aktivitäten der Bundesregierung zur Rettung des Chip-Standortes Dresden und der dortigen Arbeitsplätze sind völlig unzureichend.

Von dem verantwortlichen Staatssekretär heißt es: Die Gespräche zur Abwendung der Insolvenz von Qimonda scheiterten „daran, dass keine Bank bereit war – trotz grundsätzlicher Unterstützungsbereitschaft – mit nur einem Euro-Cent ins Risiko gehen.“ Aber was hat dann der Milliarden-Rettungsschirm für die Banken gebracht?

Und was hat die Bundesregierung bisher selbst unternommen? Nach eigenen Angaben führte sie zahlreiche Gespräche: Mit dem Insolvenzverwalter, der Landesregierung, der EU-Kommission und der portugiesischen Regierung. Heraus gekommen ist nichts!

Die Bundeskanzlerin hielt es auch nicht für nötig, einen offenen Brief der Qimonda-Betriebsräte zu beantworten. Angeblich flossen die „dargelegten Argumentationen in die fachliche und politische Diskussion mit“ ein – aber die Bitte an die Kanzlerin, einen „unverzichtbaren Beitrag für den Erhalt der Halbleiter- und Mikroelektronik – Standorte in Europa“ zu leisten, etwa „durch staatliche Beihilfen und / oder Kreditbürgschaften“, blieb ohne Folge.

Fazit: Die Regierung bleibt Taten schuldig, stellt aber klar: „Der Bund beabsichtigt nicht, sich am Eigenkapital eines möglichen Nachfolgeunternehmens von Qimonda zu beteiligen“. Genau das ist aber notwendig für das Überleben des Betriebes und der Arbeitsplätze.

Milliarden Euro in den Sand gesetzt?

Bleibt die Bundesregierung weiter untätig, droht mit dem Schlüsselunternehmen Qimonda die gesamte Mikroelektronikindustrie in Dresden in Gefahr zu kommen. Milliarden Euro Wirtschaftsubventionen wären dann umsonst geflossen. Denn nach Angaben der Bundesregierung erhielt der Halbleiterstandort Dresden seit 1990 etwa 10 Milliarden Euro Fördermittel (vgl. Tabelle). Speziell an Qimonda bzw. den vorhergehenden Geschäftsbereich von Infineon flossen in den letzten zehn Jahren allein vom Bund 360 Mio. Euro, die Landesmittel also nicht eingerechnet.

Umsonst gefördert?	
So viele Subventionen flossen in Sachsens Mikroelektronik	
Forschung/Entwicklung:	8,67 Mrd. €
Innovation:	0,24 Mrd. €
Wirtschaftsförderung:	0,94 Mrd. €
Insgesamt:	9,85 Mrd. €

(Quelle: Bundesregierung, Drs. 16/12671
Zeitraum: 1990/91 bis heute)

Auch der Bundesregierung müsste klar sein: Die Schließung bzw. Abwicklung von Qimonda wäre ein beispielloser industrieller Aderlass. Am Standort Dresden würde ein Kern hochkooperativer Forschung, Entwicklung und Pilotfertigung mit einer Vielzahl von Partnern, Zulieferern, Dienstleistern usw. verloren gehen. Dazu darf es nicht kommen, deswegen ist die Politik gefordert direkt einzugreifen.

Kleine Anfrage lesen?
unter www.sabine-zimmermann.info

Millionen für die Zukunft statt für Arbeitslosigkeit

Eine endgültige Insolvenz stellt nicht nur tausende Beschäftigte und ihre Familien ins soziale Abseits. Sie hat auch beträchtliche gesellschaftliche Folgekosten. Steuereinnahmen und Sozialbeiträge gingen verloren, Arbeitslosengelder müssten gezahlt werden. Für die Schließung von Qimonda räumt die Bundesregierung ein: „Bei der angegebenen Anzahl von 8.000 bis 10.000 Arbeitslosen ergäben sich rechnerisch insgesamt Kosten von rund 182 bis 227 Millionen Euro pro Jahr.“

DIE LINKE. meint: Es lohnt sich also allemal mehr, dreistellige Millionenbeträge für einen Staatseinstieg bei Qimonda aufzubringen, um die Arbeitsplätze zu erhalten, als mit diesen Geldbeträgen Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Für einen Neustart von Qimonda sind laut Landesregierung 580 Mio. Euro nötig.

Was tun?

Statt unverbindliche Gespräche zu führen und auf Dritte zu verweisen, muss die Bundesregierung (und die Landesregierung) die Initiative ergreifen:

1. Die Bundesregierung muss finanziell und rechtlich sicherstellen, dass die Transfergesellschaft mehr als 12 Monate existiert, am besten 2 Jahre. Jeder gewonnene Monat steht für die Suche eines Investors und Neuorganisation des Unternehmens zur Verfügung.
2. Staatseinstieg: Die Bundesregierung muss sich mit der Landesregierung direkt an einer Nachfolgelösung von Qimonda beteiligen, wenn so der Bestand des Unternehmens und die Arbeitsplätze gerettet werden können.

Das ist die Verantwortung der Politik in der Krise für die tausenden Arbeitnehmer/innen, ihre Familien und die Region. Dafür wird DIE LINKE. streiten.

Aber ein Politikwechsel kommt nicht von allein. In Frankreich fanden bereits erste Proteste gegen die Krisenpolitik der Regierung statt. Auch in Deutschland kann der Unmut auf die Straße getragen werden: Bei den Gewerkschaftskundgebungen am 1. Mai und dem europäischen Aktionstag am 16. Mai.